

Afrikas wirtschaftliche Zukunft liegt in Afrika

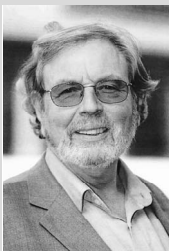
Ein Plädoyer für eine kreative Politik der Fluchtursachenbekämpfung

Rainer Tetzlaff

Zusammenfassung

Selbst bei einer äußerst großzügigen Gestaltung der Asyl- und Migrationspolitik der EU-Länder (die im Jahr 2020 mehr als unwahrscheinlich erscheint) werden sowohl die Mehrheit der Schulabgänger in afrikanischen Demokratien als auch die Mehrheit der arbeitssuchenden jungen Generation in den Diktaturen und Staatszerfallsländern Afrikas nicht in Europa oder Nordamerika ihren Lebensunterhalt bestreiten können, sondern langfristig vor allem in den modernisierten Landwirtschaften Afrikas (Nahrungsmittelproduktion und eigene Rohstoffverarbeitung). Die Regierungen der EU (wie die anderer Industriestaaten) werden mit ihrer Politik der ‚ kreativen Fluchtursachenbekämpfung ‘ in Form von Migrationspartnerschaften, privaten Direktinvestitionen und Handelsverträgen sowie durch Entwicklungshilfe-Aktionen aktiv nur sehr wenige neue Arbeitsplätze in Afrika schaffen können, so hilfreich all diese Maßnahmen im Einzelfall (auf Projektebene) auch sein können. Breitenwirksam könnten positive Arbeitsmarkt- und Wachstumseffekte wohl nur dann erzielt werden, wenn sich in der Agrar- und Handelspolitik der EU-Länder sowie anderer Staaten, wie vor allem Chinas, *faire Beziehungen* zu afrikanischen Volkswirtschaften (gegen politisch einflussreiche Agrarlobbies) durchsetzen könnten, die afrikanischen Mitkonkurrenten Luft zum Atmen ließen (Abbau von Protektionismus und Überdenken neo-liberaler Normen in der Entwicklungszusammenarbeit). All diese hier vorgeschlagenen Maßnahmen können allerdings nur dann das Fernziel einer Kontinent-weiten Stabilisierung gesunder Lebensverhältnisse zu erreichen helfen, wenn sie in Afrika von möglichst zahlreichen Kampagnen der effektiven Familienplanung flankiert werden.

In Afrika suchen Jahr für Jahr „20 Millionen junge Menschen erneut einen Job – in Städten und in ländlichen Gebieten. Die Entwicklung wirtschaftlicher Strukturen und



Prof. em. Dr. Rainer Tetzlaff

Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg und
Lehrbeauftragter am Europa-Kolleg der Universität Hamburg bis WS 2019/2020

die Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze ist die zentrale Herausforderung. Afrikas Jugend braucht zugleich einen Austausch mit Europa. Europa braucht ein Konzept, das legale Wege der Migration ermöglicht und irreguläre Migration und Schleusertum bekämpft“ – hieß es 2017 im ‚Marshallplan‘ des Bundesministers für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung *Gerd Müller* (Müller 2017, S. 5). Die besorgte Haltung des Ministers beruhte nicht nur auf humanitären und christlichen Überlegungen (Menschen in Not haben Anspruch auf Hilfe, wenn man dazu die Mittel hat), sondern auch auf handfesten politischen Eigeninteressen. Da die Bundesregierung in Berlin seit einiger Zeit wegen der innenpolitischen Folgen der ‚Flüchtlingskrise‘ der *Bekämpfung der Fluchtursachen* in Afrika großes Gewicht beimisst, wird nun die Entwicklungshilfepolitik auch in den Dienst der allgemeinen Politik der Abwehr von afrikanischen Wirtschaftsflüchtlingen gestellt (Jakob & Schlindwein 2017). Wie aber kann und sollte Deutschland zur Realisierung dieses Ziels beitragen – durch Erhöhung der bi- und multilateralen Entwicklungshilfe, durch Intensivierung der Handelsbeziehungen, durch Abbau des eigenen Handelsprotektionismus? Oder durch aktivere Beteiligung am weltweiten Kampf gegen islamistische Terrorgruppen, die in Somalia, Nigeria, Mali, Niger und im Tschad die postkolonialen Staaten destabilisieren? Die folgende Problemanalyse beginnt mit einer kurzen Darstellung der *Fluchtursachen* in Afrika, um dann die Chancen einer *kreativen Politik der Fluchtursachenbekämpfung* in Afrika zu diskutieren – im Unterschied zu einer rein *defensiven Politik der Fluchtursachenbekämpfung*, die eigentlich nur den Einwanderungsstopp von Flüchtlingen und Migranten zum Ziel hat. Im Mittelpunkt wird dabei die Frage stehen, ob und wie es gelingen könnte, in Afrika selbst die Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten zu schaffen, die dieser Kontinent braucht, um junge Menschen davon abzuhalten, ihre Heimat zu verlassen und sich als Wirtschaftsmigranten auf eine riskante Wanderung nach Europa zu machen (Asserate 2016). Die staatliche Entwicklungsfinanzierung (*Official Development Assistance, ODA*) von weltweit über 50 Mrd. Euro jährlich hat offensichtlich ihr Ziel verfehlt, ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ zu sein (Burgis 2017; Gebauer & Trojanow 2018). Sollen gar die ehrgeizigen UN-Nachhaltigkeitsziele (*Sustainable Development Goals, SDGs*) erreicht werden, würden in Afrika Investitionen im Wert von 600 Mrd. US-\$ jährlich notwendig sein (Müller 2017, S. 15) – eine unrealistische Planungsprojektion der UNO.

Afrikanische Vielfalt – Fluchtursachen in vier Typen von afrikanischen Ländern

Afrika gibt es nur im Plural – lautet eine viel zitierte Kurzformel. Mit ihr soll zum Ausdruck gebracht werden, dass die 54 Länder Afrikas große Unterschiede in Bezug auf territoriale Größe, Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung, Reichtum an Ressourcen, Grad der Industrialisierung und Urbanisierung aufweisen. Auch in Hinblick auf ihre politischen Systeme sowie die Intensität kulturell-religiöser Konflikte gibt es große Differenzen, so dass an Folgendes erinnert werden muss: Weder ist ‚Afrika‘ ein in Armut und Gewalt versinkender Kontinent, noch sollte er pauschal als ein

Zukunftskontinent mit märchenhaften Marktchancen und großem Reichtum an jungen Menschen überhöht werden (Seitz 2018). Vielmehr können mindestens *vier Ländergruppen* mit unterschiedlicher Dynamik ihrer Entwicklungsperspektiven differenziert werden (nach Tetzlaff 2018, S. 313f.)

Erstens ist eine Gruppe von etwa zehn Ländern in den Blick zu nehmen, die beachtliche entwicklungspolitische Erfolge aufzuweisen haben und sich zu *pluralistischen Demokratien* entwickelt haben. Dazu gehören Botswana und Namibia im südlichen Afrika, Ghana, Senegal und Elfenbeinküste in Westafrika und Marokko im nördlichen Afrika. Aber ausgerechnet aus diesen Staaten mit jeweils relativ günstiger wirtschaftlicher Entwicklung und einem eher liberalen politischen Klima stammen *besonders viele Wirtschaftsmigranten und -migrantinnen*. Denn nicht die Ärmsten machen sich auf den Weg nach Europa, sondern die relativ gebildeten und wohlhabenden jungen Menschen der Mittelschicht, deren Großfamilie 5 000 bis 10.000 Euro für Schlepper aufbringen kann. Bei diesem Umstand, den man als *Migrationsparadox* bezeichnet (El-Mafaalani 2018), müssen kurzfristige von langfristigen Folgen unterschieden werden: D.h. Wachstumserfolge können zwar eine kurzfristige Migrationswelle der Bessergestellten befördern, langfristig aber führen höhere Einkommen zu niedrigeren Geburtenraten und zu einer Abschwächung der Motivation, bessere Lebensbedingungen im Ausland zu suchen. Zu oft wird von uns vergessen, dass auch europäische Staaten eine große Mitverantwortung für Umfang und Art der Migration tragen. Diese dürften nicht zulassen, dass ein *brain drain* aus Afrika überhandnimmt und in den betroffenen Ländern zum personellen Ausbluten führt. Die in Afrika Zurückgelassenen – es ist die Mehrheit der Notleidenden – sind die wirklich Betroffenen, und sie sind auch die eigentlichen Verlierer der Emigration (wie *Julian Nida-Rümelin* in seinem Buch ‚Eine Ethik der Migration‘ gezeigt hat).

Davon ist *zweitens* die Ländergruppe der Staatszerfalls-Länder zu unterscheiden – einschließlich der *failed states*, der völlig gescheiterten Staaten wie etwa Somalia, Südsudan oder Libyen. Es sind insgesamt etwa zehn bis zwölf Länder von insgesamt 54, in denen der postkoloniale Staat nicht in der Lage ist, sein gesamtes Territorium zu befrieden und zu verwalten. In diesen von Bürgerkriegs-Parteien, ethnischen Milizen und Dschihadisten heimgesuchten Ländern ist weder durch klassische Entwicklungshilfe noch mittels Direktinvestitionen von ausländischen Industrieunternehmen gesamtgesellschaftlicher Fortschritt zu erzielen. Eher ist hier die mit großem Sicherheitsaufwand betriebene Ausbeutung von Rohstoffen möglich (beispielsweise in DR Kongo und in Libyen; Burgis 2017). Europas Einfluss auf die politische Re-stabilisierung solch fragiler Länder – mit dem Ziel *state-building* und *nation-building* – ist gering, was sich zurzeit in Mali zeigt, wo Frankreich und Deutschland gemeinsam versuchen zu helfen, mit militärischen Mitteln den völligen Zerfall dieses Staates zu verhindern. Eine *dritte Staatengruppe* bilden die etwa dreißig Länder, die mehr schlecht als recht von selbstherrlichen Diktatoren, Regierungen mit oftmals korrupten Ministern (‚*Kleptokratien*‘ genannt, also ‚Herrschaft der Diebe‘) oder von sogenannten *Fassaden-Demokratien* (autoritäre Präsidenten lassen sich in Schein-Wahlen im Amt bestätigen) regiert werden. Ethnische Gewalt und Menschenrechtsverletzungen seitens rivalisierender Regi-

onalgruppen, die oftmals als schlimme Folgen von Überlebenskämpfen um Ressourcen (wie vor allem Land, Weiden, Oasen, Flusswasser und Jobs) entstanden sind, sind hier an der Tagesordnung. Wirtschaftsmigranten und Flüchtlinge, die aus solchen Ländern wie Kamerun, Gabun, Niger oder Ägypten nach Europa drängen, kommen in erster Linie aus *Gründen der Verzweiflung über ihre berufliche und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit* in ihrem Herkunftsland (Perry 2018; Smith 2018). Hier haben deutsche EZ-Einrichtungen und private Wirtschaftsunternehmen nur begrenzte Chancen, durch Investitionen in Bildung, Gesundheit und industrielle Arbeitsplätze die gesamtwirtschaftliche Lage etwas aufzuhellen (s.u.).

Schließlich soll noch *viertens* eine kleine Ländergruppe genannt werden, in der zwar autoritäre (undemokratische) Präsidenten oder Militärführer die Macht ergriffen haben, die aber als weitsichtige Patrioten ihre Bevölkerung aus Not und Abhängigkeit führen wollen – mit fast allen Mitteln (Tetzlaff 2019). Das durch Disziplin und Eigenanstrengung reich gewordene Singapur etwa (unter Führung seines paternalistischen Präsidenten *Lee Kwan Yew*) wird hier oft als entwicklungspolitisches Vorbild genannt. Dazu gehören Äthiopien, Ruanda, Kap Verde und ansatzweise auch Kenia und Uganda. Hier sind erste bemerkenswerte Fortschritte auf den Gebieten der *Bevölkerungspolitik*, der *Familienplanung* und der *Schulbildung von Mädchen und Frauen* gemacht worden, d.h. in den Bereichen, die den größten Nutzen *im Kampf gegen Armut, Fatalismus, Fehlernährung der Familien und Armutsmigration* erbringen. Hier sollte von Seiten der Geber-Staaten (OECD-Staaten) alles Mögliche drangesetzt werden, diese lokal getragenen Reform-Initiativen massiv zu unterstützen und solchen Regierungen *positive Anreize* (z.B. in Form von Extra-Zahlungen und Sonder-Investitionen) in Aussicht zu stellen, – aber nur denen, die es mit entsprechenden Entwicklungsvorhaben ernst meinen. Demzufolge muss es als ethisch nicht vertretbar bezeichnet werden, wenn sich Regierungen solcher Länder gegen Familienplanung und Bevölkerungspolitik sträuben und dabei billigend in Kauf nehmen, dass sie die wachsende Zahl ihrer Kinder nicht im Land ernähren können und sie somit unter anderem auch zur Migration nötigen (Tetzlaff 2018, S. 215f.; BIBE 2019). In diesem Sinne ist hervorzuheben, dass – neben Ruanda – das multikulturelle *Äthiopien* mit seinen 105 Millionen Einwohnern, in denen es jüngst gelungen ist, die Fertilitätsrate der Frauen von 6 auf 3 bis 4 Nachkommen zu senken, weibliche Arbeitskräfte zu schulen und ihnen Berufswege in die Fabrikarbeit oder in die moderne Agrarwirtschaft zu eröffnen – alles ohne demokratische Reformen durchgeführt zu haben (BIBE 2018). Im Einzelfall – unabhängig von der Zugehörigkeit zu einem der vier afrikanischen Staatentypen – können als *weitere Fluchtursachen* folgende *Push*-Faktoren genannt werden (Adukule 2016; Asserate 2016; Tandon 2016; Jakob & Schlindwein 2017; Gebauer & Trojanow 2018; El-Feki 2018): Materielle Not; Bürger- oder Sezessionskriege; politische, religiöse oder ethnisch-kulturelle Verfolgung von Minderheiten; Angst vor Dschihadisten; Verfolgung wegen Homosexualität; gesellschaftliche Ächtung sexueller Freiheitsansprüche junger Frauen und Männer, speziell auch in muslimischen Gesellschaften. Als *Pull*-Faktoren (also solche Gründe, die Menschen wegen der Attraktivität eines Zuwanderungslandes zur Flucht oder Migration bewegen) spielen verlockende Bilder von gut bezahlten Job-

Möglichkeiten, günstigen Ausbildungschancen und von märchenhaften Sozialsystemen eine Hauptrolle. Hier rangierte Deutschland mit seinen offenen Grenzen seit 2015 ganz vorne auf der Skala der beliebtesten Einwanderungsländer Europas – nicht zuletzt wegen der zivilgesellschaftlichen ‚*Willkommenskultur*‘ seiner Städte und Gemeinden, personifiziert im Idol der Bundeskanzlerin *Angela Merkel*, die von Flüchtlingen nach Veröffentlichung von Selfies mit Flüchtlingen als „Mama Afrika“ verehrt wird.

Abschließend soll als aktuellste Fluchtursache mit großem Zukunftspotential der *Klimawandel* Erwähnung finden. Dazu ein Beispiel: Um den zentralafrikanischen *Tschad-See* herum leben etwa 40 Millionen Fischer, Bauern und Händler mit ihren Großfamilien von dem Süßwasser des Tschad-Sees, der nur noch über einen Bruchteil seines ursprünglichen Wasservolumens verfügt. Wenn in wenigen Jahren das restliche Wasser ganz verbraucht und verdunstet sein wird, werden die Tschad-See-Anrainer *migrieren müssen*, – ob sie wollen oder nicht! Wo werden sie landen (Schaap 2020; Welzer 2008)? Es gibt völkerrechtlich *kein Recht auf Einwanderung*. Ähnlich dramatische Zuspitzungen der schwindenden Überlebensaussichten sind bereits in den Ländern der Sahelzone sowie in Äthiopien und Sambia erkennbar (Perry 2018). Daraus ist zu schlussfolgern: Ohne aktive Beteiligung der internationalen Staaten- und Wissenschaftsgemeinschaften an der Lösung oder zumindest Entschärfung dieser Umwelt- und Klimaprobleme werden afrikanische Migrationsströme in Richtung Europa Afrikas eher zu- als abnehmen.

Die ungelöste Job-Frage in Afrika und der mögliche deutsche Beitrag zur Minderung der Fluchtursachen

(1) Wie groß sind die Aussichten auf eine nachhaltige Wirkung bei der Bekämpfung der afrikanischen Fluchtursachen durch eine deutsche Handels- und Entwicklungspolitik? Die Politik der Fluchtursachenbekämpfung sei „ein Projekt zwischen Verzweiflung und Größenwahn“ – titelte der ‚*Spiegel*‘ wohl zutreffend (Der Spiegel, 46/2015, S. 32); doch gibt es überhaupt einen Mittelweg? Eine *kreative* Strategie der Fluchtursachenbekämpfung müsste vor allem die lokalen Ursachen der afrikanischen Auswanderung ins Visier nehmen. Bis zum Jahr 2050 wird sich die Bevölkerung Afrikas von heute 1,3 Mrd. auf ca. 2,5 Mrd. fast verdoppelt haben. Schon heute verlassen jährlich – wie oben erwähnt – mehr als 20 Millionen Jugendliche die Schulen und drängen auf den Arbeitsmarkt (Müller 2018). Allein in Nigeria mit seinen fast 200 Millionen Einwohnern waren schon vor Jahren 50 Millionen junge Menschen „arbeitslos oder unterbeschäftigt“ – ein Zustand, den der Chefökonom der Weltbank für Nigeria ... als ‚*Zeitbombe*‘ bezeichnet hat, falls nichts dagegen getan wird“ (Smith 2015, S. 80). Wo und wie werden diese sozial marginalisierten Menschen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten leben, überleben, arbeiten und Familien gründen? – allesamt unangenehme Fragen, auf die kaum jemand eine ehrliche Antwort zu geben wagt und die deshalb im *Flüchtlingsdiskurs* gerne verdrängt oder verschleiert werden (Smith 2018). Versuchen wir darauf Antworten zu geben. Man kann annehmen, dass von den 20

Millionen Schulabgängern und arbeitssuchenden jungen Menschen nicht mehr als insgesamt drei Millionen im *formellen Sektor* ihres jeweiligen Heimatlandes eine Anstellung finden können, d.h. in Ministerien, Wirtschafts- und Dienstleistungsunternehmen sowie bei Armee und Polizei. Sie werden jeweils die älteren Job-Inhaber ablösen. Kaum mehr als – optimistisch betrachtet – zwei Millionen junge Afrikaner/innen werden bei den 10.000 großen und kleinen *chinesischen Unternehmen*, die heute in Afrika unterwegs sind, direkt und indirekt einen Job finden können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bislang chinesische Personalchefs es vorziehen, die großen Investitionsprojekte in Afrika mit eigenen Arbeitskräften zu realisieren – sehr zum Ärger der örtlichen Behörden.

(2) Die 850 *deutschen Unternehmen*, die zurzeit in Afrika im Einsatz sind und die etwa 200.000 Afrikaner beschäftigen (nach Auskunft von Michael Monnerjahn vom Afrika-Verein der Deutschen Wirtschaft im November 2019), werden vielleicht – optimistisch gerechnet – in Zukunft noch einmal 200.000 Menschen einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz verschaffen können, falls sich das deutsche Engagement im Rahmen des aktuellen *Compact with Africa* (CWA) stark intensivieren lässt. Bisher sind nach dem G20-Gipfel in Hamburg im Jahr 2017 (G20 ist der Kreis der Repräsentanten aus den zwanzig stärksten Volkswirtschaften der Welt) *Migrations- und Ausbildungspartnerschaften* mit afrikanischen Reformländern verabredet worden (Kappel 2019). Bei den jüngsten CWA-Beratungen, die im November 2019 in Berlin stattgefunden haben, wurde die Zusage erneuert, dass die Bundesregierung deutschen Unternehmen durch Risiko-Absicherung von Investitionen (sogenannte Hermes-Bürgschaften) helfen würde, in zwölf reformwilligen afrikanischen Ländern verstärkt zu investieren – als Gegenleistung für *Good Governance*, Korruptionsbekämpfung und solide Haushaltsführung dieser Staaten.

(3) Wenn sich Frankreich, England, Indien, Brasilien sowie andere Handelspartner Afrikas ebenso *Arbeitsplatz-aktiv* verhalten würden wie Deutschland, könnten durch ausländische Direktinvestitionen und Handelsabkommen insgesamt schätzungsweise maximal zwei Millionen Arbeitsplätze für Afrikaner entstehen.

(4) Ferner kann angenommen werden, dass der afrikanische Kontinent kaum mehr als jährlich eine Million Menschen auf den Wegen der *legalen und illegalen Auswanderung* abgeben wird (Migration nach Europa, Naher Osten, USA, Kanada und China), was dem Durchschnitt der vergangenen Jahre entsprechen würde. Hierbei sind die Afrikaner, die durch das gerade erst verabschiedete *Fachkräfteeinwanderungsgesetz* nach Deutschland kommen können (sicherlich weniger als 100.000), schon eingeschlossen.

(5) Schließlich gibt es kaum eine Hoffnung, dass afrikanische Länder vor 2035 eine *demographische Dividende* in Form des Bevölkerungsrückgangs infolge von Familienplanung und flächendeckendem Gebrauch von Verhütungsmitteln erzielen werden. Denn erst 2035 wird als erstes afrikanisches Land Ghana eine günstigere Altersstruktur erreichen: Dann erst werden auf jeden abhängigen Jugendlichen unter 15 Jahren mindestens 1,7 Erwerbsfähige kommen, was erst „einen wirtschaftlichen Aufschwung in Gang bringen kann“ (BIBE 2019, S. 24).

Aus diesem Zahlenwerk ist zu schlussfolgern, dass bei optimistischen Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas nach den heutigen Mustern zu der bereits bestehenden *Armee von Hundertmillionen Arbeitssuchenden* jährlich mehr als 13 Millionen Arbeitssuchende (20 Mio. minus 6,4 Mio. = 13,6) hinzukommen werden. Somit kann ausgeschlossen werden, dass es auch mit Hilfe der denkbar liberalsten und humansten Einwanderungspolitik der EU-Länder zu schaffen wäre, eine nachhaltige Lösung für das afrikanische Jobproblem zu erbringen. Die Einsicht ist also unabweisbar, dass die jungen Afrikanerinnen und Afrikaner, die heute von einem besseren Leben träumen, diesen Wunsch mehrheitlich *in Afrika* werden realisieren müssen (diese Ansicht vertrat auch Minister Gerd Müller am 19.11.2019 auf der Afrika-Konferenz in Berlin), obwohl weit über die Hälfte von ihnen nachweislich lieber ins westliche Ausland migrieren würde. Der großen Mehrheit der Jobsuchenden bleibt zurzeit nur die *monströse Wahl zwischen drei Übeln*: Entweder können sie erstens als Gelegenheitsarbeiter, fliegende Händler oder als Müllverwerter auf den Müllhalden der afrikanischen Mega-Cities zu überleben versuchen oder zweitens als illegale Arbeiter oder Kleinstunternehmer in den Gold- und Koltan-Minen des Kongos oder anderer Rohstoff-Länder schuften, wobei sie wegen der prekären Gesundheitsverhältnisse riskieren, eines frühen Todes zu sterben. Oder drittens werden junge arbeits- und mittellose Männer versucht sein – z.B. in der Sahelzone, in Somalia, im Ost-Kongo oder in Nord-Mali – sich den Dschihadisten, den Netzwerken organisierter Kriminalität, den örtlichen Jugendbanden oder ethnischen Milizen anzuschließen – so wie es der Gründer der Terrorgruppe *Boko Haram* in Nigeria getan hat (ein arbeitsloser Theologiestudent, der sich radikalisierte; Mike Smith 2015). Sie handeln eben oft nach der Logik: Lieber als gesetzloses Mitglied eines Kollektivs mit der Kalaschnikow im Anschlag Macht und Beute zu erzwingen als allein vor sich hin zu vegetieren und untätig, hungrig und frustriert einem frühen Tod durch Verelendung entgegenzugehen.

Der Handel zwischen ungleichen Nachbarn: die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland bzw. Europäischer Union und Afrika

Ein tiefgreifendes Problem vieler afrikanischer Staaten ist die mangelnde Industrialisierung und die geringe Produktivität ihrer Landwirtschaft. „Kein Pflug, kaum Tieranspannung, extensive Bodennutzung, wenig Einsatz von Agrarchemie, keine Mechanisierung, und wenig Tierdüngung, dazu kommen ungünstige natürliche Bedingungen wie nährstoffarme Böden, unregelmäßige Niederschläge und die Belastung durch Krankheiten wie die von der Tse-Tse-Fliege verbreitete Schlafkrankheit“ – so lassen sich die Defizite der afrikanischen Landwirtschaft andeuten (J. Goldberg, zit. in Tetzlaff 2018, S. 319). Ausländische Direktinvestitionen in Plantagen von Palmöl, Baumwolle, Kaffee, Viehfutter-Getreide, Tropenfrüchte etc. tragen zwar hier und da zur Modernisierung dieser Bereiche bei, wodurch wiederum der Nachteil entsteht, dass diese als *Land Grabbing* bekannt gewordene Strategie die Ernährungssicherheit der lokalen Bevölkerung auf Dauer unterminiert (Pearce 2012; Gebauer & Trojanow 2018, S. 92f.). Jahr-

zehntelang waren die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Ländern der Afrikanischen Union von der *Assoziierungspolitik* der Europäischen Union, kodifiziert in den Lomé-Abkommen (Laufzeit 1975-2000) und Cotonou-Abkommen (2000-2020), bestimmt. Diese entwicklungspolitischen Abkommen zwischen den heute 77 Ländern *Afrikas, der Karibik und des Pazifiks* (AKP-Länder) einerseits und den 28 Staaten der Europäischen Union andererseits sollten vor allem der wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas dienen. Kernelemente dieses Vertragswerks waren erstens ein *Europäischer Entwicklungsfonds* (EEF) für die Finanzierung klassischer Entwicklungsprojekte (der alle fünf Jahre wieder aufgefüllt wurde), zweitens nicht-reziproke *Handelspräferenzen* für afrikanische Erzeugnisse (was den WTO-Regeln widersprach!) und drittens ein Mechanismus zur *Stabilisierung der Preise der Rohstoffexporte* (STABEX) der AKP-Länder, soweit die Exporte in EU-Länder gingen. Dieser neo-koloniale Hilfsansatz hat nicht das gehalten, was die Verantwortlichen sich davon versprochen hatten: Der Handel Afrikas mit Europa ging von bereits mageren 8%-Anteil in den 1970er Jahren auf gegenwärtig nur noch einen Anteil von 2% am europäischen Handel zurück. Deshalb sollen die *Lomé- und Cotonou-Regeln* bis 2020 durch ein alternatives Hilfswerk, nämlich die *Economic Partnership Agreements* (EPAs) ersetzt werden (Tandon 2016). Dieses verpflichtet – wenn es denn in Kraft treten sollte (zahlreiche Regierungen wehren sich bereits seit Jahren dagegen) – alle Beteiligten zur Implementierung *neo-liberaler* Marktwirtschaftsprinzipien (Abbau der Handelszölle, Privatisierung von Staatsunternehmen, Reduktion von sozialen Subventionen z.B. bei Brot- und Benzinpreisen). Die Vertragsregelung, die bestimmte, dass nur *nicht-verarbeitete* Rohstoffe preislich zu unterstützen und zollfrei in die EU eingeführt werden durften, nicht aber industriell verarbeitete, hat für Afrika erkennbar *negative Auswirkungen* gehabt. So wurde die seit der Kolonialzeit bestehende *asymmetrische Arbeitsteilung* zwischen den Kontinenten durch materielle Anreize zementiert (Marx 2004, S. 293f.; Tetzlaff 2018, S. 73f.): afrikanische Länder exportieren unverarbeitete Rohstoffe, Industrieländer exportieren im Gegenzug Industriegüter, Maschinen, chemische Produkte und Fahrzeuge. Die *hundertjährige Kontinuität* dieses Systems kann aktuell am *deutschen Beispiel* illustriert werden:

- Im Jahr 2018 importierte die Bundesrepublik Deutschland Waren aus Afrika im Werte von nur 21,7 Mrd. €, was nur einem winzigen Anteil von 2,15 % am deutschen Gesamtimport in Höhe von 1034 Mrd. € entsprach. Die Hauptimportgüter waren: Erdöl & Erdgas (für 3,5 Mrd. €), Metalle (für 1, 3 Mrd. €), Kakao (für 1,1 Mrd. €), landwirtschaftliche Erzeugnisse, darunter Kaffee, (für 1,38 Mrd. €) und Bekleidung und Textilien (für 1,1 Mrd. €). Immerhin betrug der Anteil der importierten Kraftfahrzeuge (meistens aus Südafrika) mit 2,7 Mrd. € 16,3 % der Gesamtimporte. Dem standen Exporte aus der Bundesrepublik nach Afrika in Höhe von 22,637 Mrd. € (2018) bzw. von 24,632 Mrd. € im Jahr 2016 (nach Auskunft vom Afrika-Verein der Deutschen Wirtschaft, Hamburg 2019) gegenüber (Zahlen für 2016): Kraftfahrzeuge & Maschinen im Werte von 10,57 Mrd. €..... = 42,9%
- Chemische & pharmazeutische Produkte i.W.v. 3,0 Mrd. € .. = 12,2%
- Elektrische & Datenverarbeitungsgeräte i.W.v. 3,5 Mrd. €... = 14,2 %
- Landwirtschaftl. & Nahrungs- & Futtermittel i.W.v. 1,3 Mrd. € = 5,2%

Dabei konzentrierten sich die deutschen Ausfuhren auf zwei Regionen: auf Südafrika mit einem Anteil von 9,1 Mrd. € und auf die vier Maghreb-Länder Ägypten (3,2 Mrd. €), Algerien (2,2 Mrd. €), Marokko (2,1 Mrd. €) und Tunesien (1,5 Mrd. €). Die beiden sub-saharischen Länder mit solidem Wirtschaftswachstum werden nur in bescheidenem Umfang von deutschen Exporteuren beliefert: im Wert von 370 Mio. € im Falle Kenias und im Wert von 230 Mio. € im Falle Ghanas (Zahlen für 2018). Um diese neo-koloniale Handelsstruktur zu verändern, sind von der EU die oben erwähnten EPAs ins Spiel gebracht worden; was aber in der Theorie stimmig sein mag – vom Freihandel profitieren alle –, kann in der Wirklichkeit einer unterentwickelten Volkswirtschaft zu neuen sozialen Ungerechtigkeiten führen. Finanziell sind afrikanische Regierungen in starkem Maße auf die Einnahmen aus Handelszöllen und Handelslizenzen angewiesen, da Vermögens- und Einkommensteuern politisch nur schwer durchsetzbar und daher nur geringen Ertrag erbringen. Der geplante Wegfall von Zöllen und Quoten für afrikanische Produkte könnte langfristig ihrer Exportwirtschaft wichtige Impulse geben, jedoch besteht akut die Gefahr, dass *erstens* den Regierungen aufgrund schrumpfender Zoll- und Staatseinnahmen die Mittel für dringend benötigte Investitionen in Infrastruktur und Wirtschaftsförderung fehlen; und dass *zweitens* negative Beschäftigungseffekte *aufgrund des steigenden Wettbewerbsdrucks* durch Billigimporte aus China und EU-Ländern eintreten. Eine partielle De-Industrialisierung der afrikanischen Textilindustrie als Folge von chinesischem Wettbewerb (in Nigeria und Südafrika) ist bereits heute schon zu beklagen (Perry 2018; Seitz 2018). Die Vorteile, die die dringend notwendige Weiterverarbeitung von Rohstoffen den Afrikanern bringen würde, lassen sich exemplarisch am Projekt des äthiopischen *Solino-Kaffees* zeigen: Nachdem die EU ihre liberale Handelsparole „*Every-thing but Arms*“ („alles, bis auf Waffen“, darf nun zollfrei eingeführt werden) ausgegeben hatte, startete der Unternehmer *Felix Ahlers*, Chef des Nahrungsmittelkonzerns *Frosta* mit Sitz in Bremerhaven, im Jahr 2008 seinen Plan, Kaffeebohnen in Äthiopien nicht nur zu ernten und wie seit Generationen als grüne Bohnen zu den europäischen Röstereien zu schicken, sondern diese *vor Ort* von einheimischen Arbeitskräften rösten, mahlen, eintüten und als hochwertiges Fertigprodukt nach Deutschland zu verkaufen. Der Mehrwert durch die Veredelung der Ware und den Wegfall der Gebühren für den Zwischenhandel (60 % vom früheren Endpreis) sollte afrikanischen Facharbeitern und dem äthiopischen Fiskus zugutekommen. Die Aufhebung der Importzölle für afrikanischen Kaffee hatte den afrikanischen Bauern bislang deshalb nichts genützt, weil in Europa längst große, vollautomatisierte Röstereien entstanden waren, gegen die afrikanische Start-Up-Unternehmen normalerweise keine Chance hatten. *Felix Ahlers* jedoch, der selbst erfahren hatte, wie die klassische Entwicklungshilfe die Eigeninitiative der afrikanischen Menschen lähmte („*weil sie Hilfe bekommen, ohne dafür etwas tun zu müssen*“, was der afrikanischen Norm der Reziprozität widerspricht), glaubte an das Konzept der *Entwicklung durch Eigenverantwortung (ownership)*: Zehn Jahre lang unterstützte er in der Startphase mit Expertenrat, geleasteten Röstmaschinen und Gehaltzahlungen an lokale Mitarbeiter und Manager das junge äthiopische Kaffeeunternehmen, bis es seit 2018 den fertig gerösteten und korrekt verpackten *Solino-Kaffee* auf die deutschen Lebensmittel-

märkte (z.B. Rewe und Budnikowski) liefern konnte. Das inzwischen schwarze Zahlen schreibende Unternehmen will in wenigen Jahren etwa hundert nachhaltige Arbeitsplätze (bisher 40) geschaffen haben (Litz 2016; Ahlers im Gespräch mit dem Autor 2019).

Kontinentaler Freihandel und Modernisierung der Landwirtschaft – Fluchtursachenbekämpfung auf afrikanisch

Was das deutsche Pionier-Projekt *Solino-Kaffee* durch Eigenproduktion und Vermarktung beansprucht – Entwicklung durch Wertschöpfung bei der lokalen Rohstoffveredelung – steht hoch im Kurs einiger afrikanischer Regierungen. Diese haben sich verpflichtet, bis zum Jahr 2063 (100 Jahre nach Gründung der *Organisation Afrikanischer Einheit*, inzwischen nach dem europäischen Modell der kontinentalen Integration in *Afrikanische Union* umgetauft) eine *gesamtafrikanische Freihandelszone* zu schaffen. Die „dringend nötige Industrialisierung und ein inklusives, nachhaltiges Wirtschaftswachstum“ sollen auf diese Weise angeregt werden: „In der ersten Phase sollen Zölle und nichttarifäre Hemmnisse für 90% der Waren und Dienstleistungen abgeschafft werden. Das dürfte zu niedrigeren Preisen, geringeren Transaktionskosten, mehr Markteffizienz, Skalenerträgen, höherer Produktivität und höheren Einkommen führen“ – hoffen die beiden afrikanischen Wissenschaftlerinnen *Mwanda Phiri* und *Kacana Sipangule* (Phiri & Sipangule 2019, S. 10). Nicht zu übersehen sind dabei die großen Hürden, die der Umsetzung solcher Großvorhaben im Wege stehen, vor allem in den kleineren Ländern, die nach einem Abbau der nationalen Zölle Gefahr laufen, von den größeren wettbewerbsfähigeren Nachbarn (Südafrika, Nigeria, Kenia und Ägypten) und der Billigkonkurrenz aus China an die Wand gedrückt zu werden. „Erschwerend kommt hinzu, dass die Rechtssicherheit in den verschiedenen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt ist und offene Grenzen organisierte Kriminalität und Korruption wahrscheinlicher machen“ (Phiri & Sipangule 2019, S. 11). Abschließend soll eine Maßnahme aus dem Katalog der *kreativen Fluchtursachenbekämpfung* vorgestellt werden, die in Zukunft von erheblicher Bedeutung für die Minderung von Armut, Arbeitslosigkeit, Außenabhängigkeit und Migration sein dürfte: die *flächendeckende, sozial breitangelegte Modernisierung der Landwirtschaft* . Der Agrarkontinent Afrika importiert jährlich für etwa 90 Mrd. US Dollar Nahrungsmittel, vor allem Weizen und Reis, und trotzdem hungern noch immer viele Millionen oder sind fehlerernährt – auch deshalb, weil bis zu einem Viertel der heimischen Ernten mangels Transport- und Kühlmöglichkeiten auf den Feldern oder in Schuppen verrottet. Afrika verfügt über ein Viertel der globalen Landwirtschaftsflächen, und zahlreiche von ihnen sind bislang nur extensiv genutzt worden. Mehr als 80% der Landwirtschaftsbetriebe in Afrika südlich der Sahara sind traditionell betriebene kleinbäuerliche Familienbetriebe, denen es an Bewässerungsanlagen, Traktoren sowie an effizienter Viehhaltung fehlt. Auch dringend notwendige Bodenbesitz-Reformen sind ausgeblieben: Wo der Staat allen Grund und Boden besitzt, bremst er die Investitionsbereitschaft der Bauern. An dieser Problematik muss eine Politik- und Mentalitätsänderung der herrschenden Eliten, erzwungen

durch Wut und Protest zivilgesellschaftlicher Gruppen, ansetzen: Afrikanische Gesellschaften brauchen eine Kulturrevolution im Denken und Handeln – wie es auch der senegalesische Wirtschaftsprofessor *Felwine Sarr* in seinem aktuellen Bestseller *Afrotopia* fordert. ‚More Self-Reliance‘ – d.h. mehr Vertrauen auf die eigenen Kräfte! – lautet seine Botschaft. Das *Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung* hat in seiner Studie *„Nahrung, Jobs und Nachhaltigkeit. Was Afrikas Landwirtschaft leisten muss“* (BIBE 2018) aufgezeigt, wie Methoden der Grünen Revolution und der *„sustainable intensification“* (nachhaltige Intensivierung) dazu beitragen können, einen produktiven Agrarsektor zum Entwicklungsmotor zu machen (was auch der historischen Erfahrung in Westeuropa entspricht). Eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen der afrikanischen Agrarmodernisierung wäre auch eine komplementäre Anpassung der europäischen Agrarpolitik, damit nicht weiterhin afrikanische Bauern zu Opfern unfairer Handelspraktiken der Europäer werden müssen. Wie wir aus Dokumentarfilmen westlicher Medien erfahren können, werden chancenlos gemachte Bauern unfreiwillig zu Migranten und landen nicht selten als gestrandete Wirtschaftsflüchtlinge als Sklavenarbeiter auf den Obst- und Tomatenfeldern Italiens und Spaniens (Asserate 2016). Der Bericht der sozialdemokratischen Europa-Abgeordneten *Maria Noichl* über die ruinöse Lobbytätigkeit der Bauernverbände gibt einen seltenen Einblick in die Praxis der EU-Agrarpolitik mit ihren negativen Folgen für Afrika: „Durch die hohe Förderung der Landwirte [der EU] werden Übermengen zu einem Preis produziert, bei dem die Afrikaner nicht mithalten können. Wir dumpen Afrika! Das glaubt einem auf der Straße keiner, weil jeder denkt, das kann doch schon wegen unserer Lohnkosten und Umweltstandards nicht sein. Aber es ist so. Aus der Milch ziehen wir alles raus, was wir brauchen, vor allem Butter. Das Milchpulver, das übrig bleibt, wird mit Palmöl zu einer minderwertigen Milch aufgemischt und in Afrika verkauft. Die großen Molkereien erschließen sich so den afrikanischen Markt. Da herrscht Goldgräberstimmung. Da kann in Afrika aus eigener Kraft nichts mehr wachsen... Bei Hühnerfleisch ist es ähnlich“ (Noichl: „Auch Agrarpolitik braucht den Greta-Effekt“, in: Allgemeine Frankfurter Sonntagszeitung vom 16. 6. 2019, S. 5). Der in Äthiopien gebürtige Afrikakenner *Asfa-Wossen Asserate* beteuerte in seinem Buch *„Die neue Völkerwanderung“* von 2016: „Wenn Afrika eine Zukunft haben soll, muss Europa aber vor allem von seiner desaströsen Wirtschafts- und Handelspolitik Abschied nehmen“ (Asserate 2016, S. 183).

Literatur

- Adukule, Winnie (2016). *Flucht. Was Afrikaner außer Landes treibt*. Berlin: Das Neue Berlin.
- Asserate, Asfa-Wossen (2016). *Die neue Völkerwanderung. Wer Europa bewahren will, muss Afrika retten*. Berlin: Ullstein.
- BIBE (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung) (2019). *Afrikas demografische Vorreiter. Wie sinkende Kinderzahlen Entwicklung beschleunigen*. Berlin.
- BIBE (2018). *Nahrung, Jobs und Nachhaltigkeit. Was Afrikas Landwirtschaft leisten muss*. Berlin.
- BIBE (2018a). *Vom Hungerland zum Hoffnungsträger. Wird Äthiopien zum Vorbild für den afrikanischen Aufschwung?* Berlin.

- Burgis, Tom (2017). *Der Fluch des Reichtums. Warlords, Konzerne, Schmuggler und die Plünderung Afrikas*. Frankfurt am Main: Westend.
- El Feki, Shereen (2018). *Sex und die Zitadelle. Liebesleben in der sich wandelnden arabischen Welt*. 2. Auflage, Berlin: Hanser.
- El-Mafaalani, Aladin (2018). *Das Integrations-Paradox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt*. Köln: Kiepenhauer & Witsch.
- Gebauer, Thomas & Ilija Trojanow (2018). *Hilfe? Hilfe! Wege aus der globalen Krise*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Jakob, Christian & Simone Schlindwein (2017). *Diktatoren als Türsteher Europas. Wie die EU ihre Grenzen nach Afrika verlagert*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Kappel, Robert (2019). *Compact with Africa – auf der Suche nach einer neuen Agenda*. Blog von Robert Kappel, benutzt am 10.02.2019 www.kappel.de.
- Litz, Christian (2016). *Handel statt Entwicklungshilfe*. In: *Enorm Magazin* vom 19.02.2016 .
<https://doi.org/10.1055/s-0036-1572394>
- Marx, Christoph (2004). *Geschichte Afrikas. Von 1800 bis zur Gegenwart*. Basel et al: UTB.
- Müller, Gerd (2017). *Afrika und Europa – Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft. Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika*. Bonn.
- Müller, Gerd (2018). *Über das Potential eines Kontinents. Claudia Ehrenstein im Gespräch mit Entwicklungshilfe-Minister Gerd Müller (CSU)*. In: *Die Welt Kompakt*, vom 8.8.2018, S. 4.
- Nida-Rümelin, Julian (2017). *Über Grenzen denken. Eine Ethik der Migration*. Hamburg: Edition Körber-Stiftung.
- Pearce, Fred (2012). *Land Grabbing. Der globale Kampf um Grund und Boden*. Boston & München: Kunstmann.
- Perry, Alex (2018). *In Afrika. Reise in die Zukunft*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Phiri Mwanda & Kacana Sipangule (2019). *Gegen den Strom*. In: *African Economic Outlook, deutsch: Entwicklung & Zusammenarbeit* vom 3.4.2019, S. 10.
- Schaap, Fritz (2020). *Regenkriege. Sahelzone... Ein Besuch am Tschadsee*. In: *Der Spiegel*, Nr. 3 vom 11.01.2020, S. 82-86.
- Seitz, Volker (2018). *Afrika wird arm regiert oder Wie man Afrika wirklich helfen kann*. München: dtv.
- Smith, Mike (2015). *Boko Haram. Der Vormarsch des Terror-Kalifats*. München: C.H. Beck.
<https://doi.org/10.17104/9783406682209>
- Stephen Smith, Stephen (2018). *Nach Europa! Das junge Afrika auf dem Weg zum alten Kontinent*. Berlin: foto TAPETA.
- Tandon, Yash (2016). *Handel ist Krieg. Nur eine neue Wirtschaftsordnung kann die Flüchtlingsströme stoppen*. Köln: Bastei Lübbe AG.
- Tetzlaff, Rainer (2018). *Afrika. Eine Einführung in Geschichte, Politik und Gesellschaft. Grundwissen Politik. Lehrbuch*. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-20253-8>
- Tetzlaff, Rainer (2019). *Friedensethische Herausforderungen im Umgang mit autoritären Regimen*. In: Ines-Jacqueline Werkner & Matthias Dembinski (Hrsg.), *Gerechter Frieden jenseits des demokratischen Rechtsstaates*. Wiesbaden: Springer, S. 45-75. https://doi.org/10.1007/978-3-658-27575-4_3
- Welzer, Harald (2008). *Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird*. Frankfurt am Main, 2. Aufl.: S. Fischer.